

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300323/19 - Df1

Linz, am 2. Juni 1989

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Bundes-
gesetz betreffend die Regelung des
Krankenpflegefachdienstes, der medi-
zinisch-technischen Dienste und der
Sanitätshilfsdienste geändert wird;
Entwurf - Nachtragsstellungnahme

Zu Zl. 61.251/1-VI/13/89 vom 9. Jänner 1989 und
Zl. 61.251/2-VI/13/89 vom 25. Jänner 1989

| | |
|-----------|---------------|
| Betrifft | GESETZENTWURF |
| Zl. | 4 GE 9 89 |
| Datum: | 6. JUNI 1989 |
| Verteilt. | 66.89 LC |

An das

Bundeskanzleramt

Radetzkystraße 2
1031 W i e n

H. Pörtlauer

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, ergänzend zur Stellungnahme Verf(Präs)-300323/12-Df1 vom 10. März 1989 zu dem mit der dortigen Note vom 9. Jänner und 25. Jänner 1989 versandten Gesetzesentwurf folgende Nachtragsstellungnahme abzugeben, die im Lichte der Vorkommnisse im Krankenhaus Lainz für notwendig erachtet wird:

Bereits in der Stellungnahme vom 10. März 1989 wurde im Punkt B. 2. die Aufnahme der Betreuung alter Menschen im § 5 und die Ergänzung des § 10 Abs. 1 durch die Sachgebiete Gerontologie, Geriatrie und psychosoziale Betreuung alter Menschen vorgeschlagen.

Neben diesen Änderungsvorschlägen erscheint es zur Minderung des Ausbildungsmankos im Bereich der Pflege alter Menschen durchaus sinnvoll, die Ausbildung von geriatrischem Pflege-

- 2 -

personal allenfalls durch die Einführung eines einjährigen Sonderausbildungsjahrganges zu ergänzen.

Die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung wird in nächster Zukunft einen noch größeren Anteil von über Sechzigjährigen an der Gesamtbevölkerung nach sich ziehen. Um dieser Entwicklung Rechnung tragen zu können, sind Strukturanpassungen im Hinblick auf die geriatrische Versorgung sowohl in einrichtungsmäßiger aber auch in ausbildungsmäßiger Hinsicht unumgänglich.

Im Bereich der o.ö. Landeskrankenanstalten bieten sich als mittelfristige Lösungen verschiedene Projekte an, die in geriatrische Sonderbehandlungseinheiten umstrukturiert werden können. Mit diesen organisatorischen Maßnahmen allein kann jedoch nur ein Teilbereich der zu bewältigenden Aufgabe abgedeckt werden. Es wird daher im vorgeschlagenen Ausmaß die Ausbildung des Pflegepersonals für ältere Menschen verstärkt werden müssen.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

S t ö g e r

Landesamtsdirektor-Stellvertreter

- - -

- a) Allen
 oberösterreichischen Abgeordneten zum
 Nationalrat und zum Bundesrat

- b) An das
 Präsidium des Nationalrates
 1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3

(25-fach)

- 3 -

- c) An alle
Ämter der Landesregierungen
- d) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
1014 W i e n , Schenkenstraße 4

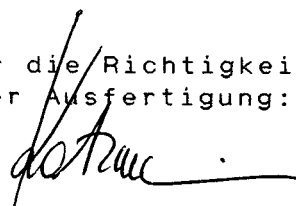
zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:

S t ö g e r

Landesamtsdirektor-Stellvertreter

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stöcker', is written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.